

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

14.02.2022

Inhalt

EWN

1 Wirtschaftsminister Habeck zu Antrittsbesuch im Nordosten <i>SVZ.de (Schweriner Volkszeitung), 14.02.2022</i>	3
2 Atommüllendlager in Delitzsch? Gefahren – aber auch Geld und Jobs <i>Leipziger Volkszeitung Delitzsch-Eilenburg, 12.02.2022</i>	4
3 Deutsches Aus für Nord Stream 2 wäre nicht legal <i>WELT AM SONNTAG, 13.02.2022</i>	6
4 »Wir müssen das machen« <i>DER SPIEGEL, 12.02.2022</i>	7

 SVZ.de (Schweriner Volkszeitung) | 14.02.2022

 dpa

 WEBLINK

WIRTSCHAFT

Wirtschaftsminister Habeck zu Antrittsbesuch im Nordosten

Die Termine sind eng getaktet, die Themen meist problembeladen: Bei seinem Antrittsbesuch spart Bundeswirtschaftsminister Habeck die kritischen Bereiche Mecklenburg-Vorpommerns nicht aus. Es geht um Schiffbau und Tourismus - beides gezeichnet von der Pandemie.

Als drittem Bundesland stattet Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck am Montag Mecklenburg-Vorpommern einen Antrittsbesuch ab. Das Programm ist dicht gefüllt. Nach einem Gespräch mit seinem Schweriner Amtskollegen Reinhard Meyer (SPD) sind zwei Betriebsbesuche geplant. Dabei wird sich der Grünen-Politiker sowohl mit einer traditionsreichen, aber problembeladenen Branche konfrontiert sehen, als auch einen Unternehmensbereich näher kennenlernen, auf den Mecklenburg-Vorpommern und Deutschland insgesamt große Hoffnungen setzen.

Gegen Mittag wird Habeck auf der Werft in Wismar erwartet. Sie ist Teil der MV-Werften-Gruppe, für die Anfang Januar Insolvenz angemeldet wurde. Knapp 2000 Schiffbauer erhoffen sich staatliche Überbrückungshilfen, um nach dem Ende des krisengeschüttelten Kreuzfahrtschiffbaus neue Betätigungsfelder wie den Bau von Offshore-Plattformen erschließen zu können.

Im Dock der Wismarer Werft wartet zudem die „Global One“, die mit Platz für 9500 Passagiere eines der größten Kreuzfahrtschiffe wäre, auf die Fertigstellung. Da auch der Mutterkonzern als Auftraggeber im Januar Insolvenzantrag stellte, fehlen die Mittel zur Fertigstellung. Die Rede ist von 600 Millionen Euro.

Als Auslöser der Werften-Pleite gilt die Pandemie, in deren Folge der Kreuzfahrttourismus, eine der Haupteinnahmequellen des Genting-Konzerns, weltweit zum Erliegen kam. Weil Gentings Liquidität nicht mehr ausreichte, sprangen Bund und Land zunächst mit Krediten und Bürgschaften ein, zogen zu Beginn

dieses Jahres aber die Notbremse. Seither sucht Insolvenzverwalter Christoph Morgen nach zahlungsfähigen Abnehmern für das Schiff und nach Investoren für neue Projekte.

Am Nachmittag besucht Habeck in Laage südlich von Rostock einen Standort der Apex-Gruppe. Das Energieunternehmen plant dort die Entwicklung und den Einsatz verschiedenster Wasserstofftechnologien, von der Gewinnung des Energieträgers bis zur Fertigung von Brennstoffzellen sowie Tank- und Speichersystemen.

Dem Wasserstoff wird eine bedeutende Rolle bei der künftigen Sicherstellung des Energiebedarfs in Deutschland beigemessen. Zur Produktion wollen die norddeutschen Länder verstärkt den hier gewonnenen Windstrom nutzen. Von dem so erzeugten Energievorrat erhoffen sie sich auch Impulse für die Ansiedlung neuer Industrieunternehmen.

Für den Abend ist in Fincken (Landkreis Mecklenburgische Seenplatte) eine Gesprächsrunde mit Vertretern der Tourismuswirtschaft geplant. Rund 130 000 Menschen sind im Nordosten im Tourismus tätig und damit fast jeder fünfte Erwerbstätige.

Die Branche leidet unter den Folgen der Pandemie und fordert mit Blick auf den Saisonstart eine Lockerung der Schutzvorschriften für Gastronomie und Hotellerie. Große Hoffnungen setzt die Branche auf die für Mittwoch geplanten Bund-Länder-Beratungen zur Bewältigung der Corona-Krise.

Leipziger Volkszeitung Delitzsch-Eilenburg | 12.02.2022 | S. 1

Auflage: 9.741 | Reichweite: 15.031

Mathias Schönknecht

REGION NÖRDLICH VON LEIPZIGJK

Atommüllendlager in Delitzsch? Gefahren – aber auch Geld und Jobs

Sven Petersen von der Bundesgesellschaft für Endlagerung erklärt, was auf die Region zukommen würde. Neben den Belastungen winken auch Subventionen und andere Vorteile.

Was ist, wenn die Wahl doch auf Delitzsch fällt? Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) will bis zum Jahr 2031 klären, wo das Endlager für radioaktiven Abfall in Deutschland hinkommt. Nach geologischen Gesichtspunkten stehen aktuell noch 48 Prozent der Fläche Deutschlands zur Verfügung. Darunter auch das sogenannte Delitzscher Pluton, ein etwa 104 Quadratkilometer großes Gebiet aus kristallinem Gestein in mehr als 400 Meter Tiefe. Dieses Gebiet reicht beinahe bis an die Stadtgrenze von Leipzig heran und erfüllt bisher die Voraussetzungen. Sven Petersen, stellvertretender Pressesprecher der BGE, erklärt auf LVZ-Anfrage, welche Vorteile und Gefahren ein Endlager für die Region bedeuten würde, ob beispielsweise mehr Jobs entstehen und die Infrastruktur ausgebaut werden könnte.

Grundsätzlich will vermutlich kein Delitzscher ein Endlager direkt vor seiner Tür. Doch die Annahme, dass damit auch Vorteile verbunden sind, kommt nicht von ungefähr. Zum Vergleich das Beispiel Frankreich: Für die Risiken, die der Atommüll für die Départements Haute-Marne und Meuse, an dessen Grenze das Endlager in Bure liegt, bekommen diese seit 1999 pro Jahr 30 Millionen Euro Entwicklungshilfe, dazu Subventionen für Gas, Wasser und Strom. Die Kommunen in einem Radius von zehn Kilometern um Bure erhalten zusätzlich jährlich eine Pauschale im mittleren dreistelligen Bereich pro Einwohner. In Finnland haben sich Regionen beispielsweise aus ähnlichen Gründen um das Endlager beworben.

Die Infrastruktur

„Grundsätzlich können radioaktive Abfälle mit entsprechenden atomrechtlichen Genehmigungen über bereits bestehende Schienen- und Straßennetze transportiert werden“, sagt Sven Petersen von der

Bundesgesellschaft. Aktuell finde die Eingrenzung zu den sogenannten „Standortregionen“ statt, bei der alle Teilgebiete anhand wissenschaftlicher Methoden bewertet werden. Dabei spiele auch eine Rolle, ob der Standort, an dem das spätere Endlager gebaut wird, bereits über die öffentlichen Verkehrswege angebunden ist. Inwieweit später neue Infrastruktur geschaffen werden muss, hänge sehr stark vom genauen Standort ab. Es sei aber möglich.

Die Jobs

Eine präzisere Aussage kann Petersen zu möglichen Jobs machen. Zur Orientierung nennt er das „Endlager Konrad“ in Salzgitter (Niedersachsen). Dort wo die schwach- und mittelradioaktiven Abfälle endgelagert werden sollen, arbeiten derzeit über 500 Personen.

Für den Bau und späteren Betrieb werden laut dem Pressesprecher beispielsweise Ingenieure, Bergleute, Architekten, Elektriker, Maschinenbauer, Wachleute und Gebäudemanager benötigt. Die neuen Jobs könnten dann mindestens bis 2081 bestehen bleiben. Denn wenn der Endlagerstandort 2031 gefunden ist, sollen danach die Bau- und im Anschluss die Einlagerungsphase beginnen. „Für beide Phasen zusammen gehen Experten und Expertinnen von einer Dauer von mindestens 50 Jahren aus“, sagt Petersen.

Die finanziellen Vorteile

Welche weiteren Branchen profitieren könnten, ob ähnlich wie in Frankreich Gas, Strom, Wasser und Wirtschaft sowie der Tourismus subventioniert werden, könne aktuell nicht geklärt werden, sagt der BGE-Mitarbeiter. Für alle in Frage kommenden Standortregionen werde es detaillierte sozioökonomische Potenzialanalysen geben. Diese sollen dann in den sogenannten Regionalkonferenzen gemeinsam mit den

Bürgern und Bürgerinnen vor Ort entwickelt werden, sagt Petersen.

Die Gefahr

Um Gefahren möglichst auszuschließen, werde der Standort in mehrstufigen Verfahren gesucht, sagt Petersen. Als größte Gefahr gilt, dass radioaktive Abfälle mit Wasser in Kontakt kommen, darüber in die Biosphäre und somit ins Trinkwasser, in Nahrungsmittel und letztlich zum Menschen gelangen. Jede Auswahl der weiter zu erkundenden Standorte müsse etwa von Bundestag und Bundesrat beschlossen werden, sagt Petersen.

Zudem geben die gesetzlichen Schutzziele des Atomgesetzes vor, welche Auswirkungen ein Endlager auf die Umgebung des Standortes haben darf und welche Grenzwerte einzuhalten sind. Laut Paragraph 80 Strahlenschutzgesetz beträgt der Grenzwert aus der Errichtung, dem Betrieb und der Stilllegung eines Endlagers für Einzelpersonen ein Millisievert im Kalenderjahr. Zum Vergleich: Die natürliche Strahlenbelastung einer Einzelperson in Deutschland beträgt im Durchschnitt 2,1 Millisievert im Jahr. „Die Strahlungsgrenzwerte für ein Endlager sind also sehr streng“, sagt Petersen. Kommentar

WELT AM SONNTAG | 13.02.2022 | S. 26

Auflage: 369.440 | Reichweite: 935.000

Daniel Wetzel

Deutsches Aus für Nord Stream 2 wäre nicht legal

Entscheiden müsste die Europäische Union

Wenig hat politische Beobachter vergangene Woche so beschäftigt wie die Frage, warum sich die Bundesregierung mit Sanktionsdrohungen gegen Russland so zurückhält. Nach dem Antrittsbesuch des Bundeskanzlers in Washington wunderten sich Journalisten, Moderatoren und Kommentatoren in gleichlautender Formulierung, warum Olaf Scholz im Unterschied zu US-Präsident Joe Biden "das Wort Nord Stream 2 noch nicht einmal in den Mund nahm".

Es habe taktische Gründe, wenn Scholz nicht über die bereits fertig verlegte Ostsee-Pipeline sprechen wolle, hieß es. Das Schweigen des Kanzlers sei "politisches Kalkül", mutmaßte etwa Jacopo Maria Pepe von der Stiftung für Wissenschaft und Politik im "Spiegel". SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert erklärte, Scholz sei nicht bereit, "durch die Nennung einzelner möglicher Sanktionsinstrumente eine Reihenfolge erkennen zu lassen", um dem russischen Präsidenten Wladimir Putin keine "Kosten-Nutzen-Abschätzung" einer Ukraine-Invasion zu ermöglichen.

Wahrscheinlicher sind es jedoch schlicht rechtliche Gründe, die den studierten Juristen Scholz zur Zurückhaltung zwingen: Die Bundesrepublik ist wirtschaftlich an dem Projekt nicht beteiligt, und genehmigt ist die Pipeline auch. Eine national veranlasste Sanktion hätte damit keine legale Grundlage. Enteignungsgleiche Eingriffe in den Energiemarkt hatten höchste deutsche Gerichte zwar im Falle der Atomkraft abgesegnet. Doch begründet wurden diese mit der Besonderheit der "Risikotechnologie", und um eine solche handelt es sich im Falle von Erdgas nicht.

Der Pipeline fehlt nur noch die Zertifizierung nach Artikel 11 der europäischen Gasbinnenmarkt-Richtlinie, die festlegt, dass ein Versorger nicht zugleich alleiniger Eigentümer eines Leitungsmonopols sein darf. Dieses sogenannte "Unbundling" (Entbündelung) muss von der Bundesnetzagentur zertifiziert werden. Der Behör-

de vorzugeben, die EU-rechtliche Zertifizierung politisch zu instrumentalisieren und zu verweigern, ist Experten zufolge ausgeschlossen: Eine solch offene, eklatante Verletzung des Rechtsstaatsprinzips hätte innen- und außenpolitisch verheerende Folgen.

Da die Bundesnetzagentur vor Abschluss der Zertifizierung eine Stellungnahme der EU-Kommission einholen muss, bleibt als letzte offene Frage, wie europäische Einwände die Zertifizierung verzögern könnten. Verhindern ließe sie sich wohl nicht: Laut Gas-Richtlinie kann die Zertifizierung nur versagt werden, wenn das Projekt die Versorgungssicherheit gefährdet. Dass eine zusätzliche Pipeline aber geeignet wäre, diese aufs Spiel zu setzen, wäre kontra-intuitiv und vor Gericht kein tragfähiges Argument.

"Schadenersatz gäbe es überhaupt nur, wenn die Verweigerung der Zertifizierung rechtswidrig wäre, dann könnte man an Amtshaftung für rechtswidriges Handeln der Bundesnetzagentur denken", sagt Christian von Hammerstein, Rechtsanwalt der Berliner Kanzlei Raue. "Wenn diese aber eine negative Stellungnahme der Kommission erhält, handelt sie dann noch amts-pflichtwidrig? Wäre dann eigentlich die Kommission in der Haftung, aber nach welchen Regeln?" Alles Fragen, die bisher kein Gericht jemals entschieden habe, sagt von Hammerstein. "Wer immer Schadenersatz fordert, sei es Gazprom oder ein westeuropäischer Finanzier der Pipeline: Es würde ein langer, steiniger Weg."

Sanktionen gegen Russland wurden schon 2014 nach der Krim-Annexion - und werden auch weiterhin - nur von der EU nach einstimmiger Entscheidung verhängt. Schadenersatz, auch für mittelbar Geschädigte in den eigenen Reihen, sehen diese Sanktionsregeln nicht vor. Für Olaf Scholz' Zurückhaltung in der Sanktionsfrage gibt es also praktisch zwingende rechtliche Gründe: Er kann national nicht androhen, was die Europäische Union erst noch entscheiden muss.

DER SPIEGEL | 12.02.2022 | S. 91

Auflage: 681.567 | Reichweite: 4.975.000

Marco Evers

ENERGIE

»Wir müssen das machen«

Die Max-Planck-Physikerin Athina Kappatou, 35, über die Kernfusion bei 150 Millionen Grad, die ihr jetzt im Experimentalreaktor Jet zusammen mit Hunderten Forschern gelungen ist

SPIEGEL: Frau Kappatou, im Inneren der Sonne brennt ein permanentes Fusionsfeuer. Wasserstoffatome verschmelzen miteinander zu Helium und setzen dabei ungeheure Energiemengen frei. Physiker wie Sie träumen davon, diesen Prozess auf Erden nachzuahmen, was sich allerdings als sehr kompliziert erweist.

Kappatou: Einfach ist es in der Tat nicht.

SPIEGEL: Ein böses Sprichwort besagt: Von einem Fusionsreaktor sind wir 30 Jahre entfernt – auch in 30 Jahren noch. Dabei sind schon Milliarden und ganze Forscherkarrieren in das Thema investiert worden, und trotzdem hat die Testphase dieser Technik noch nicht mal begonnen.

Kappatou: Die Fusion dauert, aber die Arbeit lohnt sich. Fusion ist unsere einzige Option, wenn wir derzeitig klimaneutral sein und trotzdem Zugriff auf saubere und schier unerschöpfliche Energie haben wollen. Wir müssen das machen – jetzt.

SPIEGEL: In Oxford haben gerade Hunderte Forscher, darunter Sie, in einem sehr aufwendigen Experiment die Wasserstoffisotope Tritium und Deuterium verschmolzen und dabei Energie freigesetzt. Ein ganz ähnliches Experiment ist dort am Jet (»Joint European Torus«) schon vor fast 25 Jahren gelungen. Wiederholen Sie nur alte Kunststücke?

Kappatou: Nein, der Fortschritt zu damals ist gewaltig. Nach dem ersten Experiment haben wir gelernt, dass wir das Baumaterial der Reaktorinnenwand ändern müssen. Früher bestand sie aus Kohlenstoff, der viel Brennstoff einfach verschluckte. Das ist unerwünscht. Jetzt besteht die Innenwand aus Beryllium und Wolfram. In der Zwischenzeit kamen viele weitere Neuerungen hinzu. Alles, was wir bei dem neuen Experiment gesehen haben, hatten wir genau so theoretisch vorhergesagt. Das allein ist ein Riesenerfolg.

SPIEGEL: Im Inneren des Jet herrschten Temperaturen von 150 Millionen Grad, zehnmal mehr als im Inneren der Sonne. Das ist nötig, damit Tritium und Deuterium ein Plasma bilden, eine heiße Suppe aus Atomkernen, die sich dann zu Helium vereinigen. Das Experiment lief fünf Sekunden lang, und in jeder Sekunde wurden etwa elf Megawatt freigesetzt. Das klingt nicht so, als würde so bald ein Reaktor in Betrieb gehen.

Kappatou: Richtig, aber für eine längere Leistungsdauer wurde Jet auch nicht entworfen. Im Nachfolgereaktor Iter, der derzeit in Südfrankreich gebaut wird und wo hoffentlich 2025 das erste Plasma erzeugt wird, werden wir bereits eine Stunde hoher Fusionsleistung erreichen. Da wir das Plasma gut verstehen, wird es in künftigen Anlagen kein großes Problem sein, es noch viel länger einzusetzen.

SPIEGEL: Bis die erste Kernfusion bei Iter stattfindet, soll es noch bis 2035 dauern ...

Kappatou: ... genau, aber vielleicht haben wir durch den Erfolg am Jet etwas Zeit eingespart. Wir sind auch schon dabei, Demo zu entwerfen, das Demonstrationskraftwerk, das als Erstes eine Leistung von 300 bis 500 Megawatt ins Stromnetz einspeisen soll. In der Fusionsforschung passiert gerade sehr viel gleichzeitig.

SPIEGEL: Kritiker der Kernfusion sagen, dass wir das Geld lieber in den Ausbau der erneuerbaren Energien stecken sollten, denn bis zur angestrebten Klimaneutralität 2050 sei die Kernfusion eh nicht großflächig einsetzbar. Was entgegnen Sie?

Kappatou: Wir brauchen unbedingt alles, was wir an CO₂-freier Energie bekommen können. Erneuerbare allein werden aber auch in Zukunft die Grundlast nicht decken können. Wenn wir Kohle, Gas und Kernspaltung ersetzen wollen, dann brauchen wir die Fusion.